



Foto: AndreyPopov/iStockphoto.com

Neue Träumer und Macher braucht das Land

IMMER WENIGER MENSCHEN WAGEN DEN SCHRITT IN DIE SELBSTSTÄNDIGKEIT. IN MÜNCHEN SPRACH DETLEF FLEISCHER MIT DR. ANDREAS LUTZ, DEM VORSITZENDEN DES VERBANDS DER GRÜNDER UND SELBSTSTÄNDIGEN DEUTSCHLAND (VGSD), ÜBER DIE URSACHEN DIESER GRÜNDUNGSMALAISE.

Herr Dr. Lutz, warum macht sich ein Mensch selbstständig?

Viele Menschen, die sich mit dem Gedanken der Selbstständigkeit befassen, wollen der Fremdbestimmung entkommen. Als Angestellter steht man häufig unter dem Einfluss von Sachzwängen. Man möchte das, was man für richtig hält, endlich umsetzen, der innerbetrieblichen Politik entkommen. Schlechte Chefs spielen häufig eine wichtige Rolle. Vergleichsweise selten steht im Vordergrund, dass man als Selbstständiger deutlich mehr als früher verdienen möchte.

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) vertritt die Auffassung, dass eine Gruppe der Gründer für sich keine besseren Alternativen auf dem Arbeitsmarkt sieht.

Diese Beweggründe werden in meinen Augen überschätzt. Ich glaube nicht, dass sich viele Menschen ausschließlich aus Notgründen, d. h. weil sie keine andere Möglichkeit sehen, selbstständig machen. Es gibt eine Studie von Prof. Dr. Alexander S. Kritikos, Forschungsdirektor im Deutschen Institut für Wirtschaftsfor-

schung (DIW), in der festgestellt wurde, dass sowohl reine Notgründen als auch Opportunity-Gründungen eher selten sind. Stattdessen kam diese Studie zu dem Ergebnis, dass es eine Mischung von Motiven ist, die Menschen motiviert, sich selbstständig zu machen. Es machen sich auch schließlich auch nur ganz wenige selbstständig, die einen tollen Job haben und damit in jeder Beziehung zufrieden sind.

Als ehemaliger Angestellter und heutiger Existenzgründerberater wissen Sie, worüber Sie sprechen.

Mein früherer Arbeitgeber musste die Abteilung, in der ich gearbeitet habe, schließen. Dadurch bin ich seinerzeit arbeitslos geworden. Mir wurde in dieser Situation klar, dass ich nicht wieder in eine Anstellung gehen möchte, in der ich fremdbestimmt bin. Letztendlich war ich der Firma dankbar, dass sie mich entlassen hat. Dadurch arbeite ich heute auf eine Weise, die mir persönlich am besten entspricht.

Wie wichtig ist es für Existenzgründer, eine innovative Idee zu haben?

Bei der Masse der Gründungen spielt aus unserer Verbandssicht das Thema Innovation keine entscheidende Rolle. Natürlich liest man immer wieder über spektakuläre Geschäftsideen in den Zeitungen. Das ist jedoch nur ein Teil der Wirklichkeit. Schließlich sind originelle Geschäftsideen häufig mit der Gefahr verbunden, dass man die Nachfrage falsch einschätzt. Wenn man mit wenig Risiko erfolgreich gründen möchte, wird man beispielsweise Steuerberater oder Software-Entwickler. Das mag sich für manche zunächst langweilig anfühlen, dafür ist es aber in der Regel lukrativ. Um richtig erfolgreich tätig zu sein, muss man natürlich ein innovatives Element einbauen. Man muss sich vom Wettbewerb unterscheiden. In meiner Eigenschaft als Gründungsberater versuche ich, gemeinsam mit Gründern herauszuarbeiten, wie das gelingt. Dank neuer Technologien gibt es noch immer eine Vielzahl von Möglichkeiten, sich erfolgreich von alteingesessenen Wettbewerbern abzuheben.

Trotzdem kann nicht jeder Existenzgründer in seiner Garage einen Höhenflug à Apple, Microsoft und Co. antreten.

Deswegen fordere ich auch mit Blick auf die Wirtschaftspolitik in unserem Land, dass sie die Masse der Gründungen willkommen heißen. Es ist der falsche Weg, nur die Hightech-Startups zu fördern.

Gehört für eine erfolgreiche Existenzgründung auch eine Vision oder vertreten Sie eher die seinerzeit pompig geäußerte Meinung von Altkanzler Helmut Schmidt („Wer eine Vision hat, der soll zum Arzt gehen“)?

Statt von einer Vision möchte ich lieber von einer klaren und lebendigen Vorstellung sprechen. Es ist sinnvoll, sich genau auszumalen, wie man seine Kunden begeistern und zufriedenstellen möchte. Mit dieser Vision bzw. einer klaren Vorstellung kann man einen Businessplan schreiben, der im Idealfall ein Kochrezept für den eigenen Erfolg ist, das man nur noch konsequent umzusetzen braucht.

Starker Anstieg der Solo-Selbstständigen

Inwieweit lässt die Aussicht auf lange Arbeitszeiten und einen geringen Stundenlohn viele Menschen vom Sprung in die Selbstständigkeit zurückschrecken?

Für eine erfolgreiche Existenzgründung ist wichtig, eine klare Vorstellung davon zu haben, was auf einen zukommt. Das ist nicht in jedem Fall eine 60-Stunden-Woche. Vergessen wir nicht, dass sich viele Menschen auch deshalb selbstständig machen, weil sie ihre Zeit selbst einteilen möchten. Viele Frauen in der Familienphase stehen beispielsweise vor dem Problem, dass sie entweder in Richtung 450 Euro-Minijob oder in eine Karriereposition, in der sie Mühe haben, ihre Kinder bzw. ihre Familie regelmäßig zu sehen, gedrängt werden. Eine Selbstständigkeit bietet die Möglichkeit, sich entsprechend der eigenen Qualifikation zu betätigen und gleichzeitig genügend Zeit für die Familie zu haben.

Die Zahl der Solo-Selbstständigen ist zwischen 1991 und 2012 um 82,4 % gestiegen. Friederike Welter vom Bonner Institut für Mittelstandsforschung (IfM) führt diese Entwicklung „vor allem auf die stärkere Tätigkeit von Frauen“ zurück.

Es ist toll, dass sich heute deutlich mehr Frauen selbstständig machen. Sie stehen teilweise vor anderen Herausforderungen als männliche Gründer, auf die wir im Rahmen unserer Arbeit gleichberechtigt aufmerksam machen wollen.

Ihr junger Verband hat sich in einer Zeit gegründet, in der beispielsweise die »Süddeutsche Zeitung« titelt: „Selbstständigkeit ist out“.

Richtig ist, dass die Zahl der Gründungen abgenommen hat. Die Zahl derjenigen, die gründungswillig sind, ist allerdings aus unserer Sicht keineswegs stark rückläufig. Der Rückgang der Firmengründungen hat daher nichts mit Gründungsmüdigkeit zu tun, sondern ist nach meiner Auffassung das Ergebnis einer verfehlten Politik.

Wo sind die Träumer und Macher geblieben?

Die Politik ist schuld, dass viele „Träumer und Macher“ (»SZ«) verschwunden sind und Selbstständigkeit für viele Menschen ihren Reiz verloren hat?

Die Förderung von Gründern ist in der letzten Legislaturperiode unter Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) systematisch erschwert und teilweise sogar zerschlagen worden. Das können Sie insbesondere beim Thema Gründungszuschuss sehr deutlich ablesen: Es gab dort einen Rückgang von 85 %. Dieser Rückgang bedeutet nicht, dass weniger gründungswillige Menschen zu den Arbeitsagenturen gegangen sind! Vielmehr ist dieser Rückgang dadurch begründet, dass man den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Agenturen entsprechende Ablehnungsquoten vorgegeben hat. Die bei uns Ratsuchenden haben das unisono berichtet. Sie sind mit einer Geschäftsidee zur Arbeitsagentur gegangen und mussten dort feststellen, dass man ihnen ihr Vorhaben ausreden wollte. Besonders im Jahr 2012 hat man versucht, mit allen Mitteln den Leuten ihre Entscheidung für die Selbstständigkeit abzubringen. Ob man dadurch wirklich das Ziel erreicht, nachhaltig Menschen in Beschäftigungsverhältnisse zu vermitteln, möchte ich bezweifeln. Die Entscheidung für die Selbstständigkeit ist in der Regel das Ergebnis längerer Überlegungen und hat in jedem Einzelfall gute Gründe. Nahezu niemand wird sich selbstständig machen, nur weil es ein paar Tausend Euro Gründungszuschuss gibt! Dieser Zuschuss ist ja nichts weiter als die Fortzahlung des Arbeitslosengeldes.

Stichwort Gründungscoaching.

Wir freuen uns, dass die neue Koalition dieses Förderprogramm, das Ende 2013 ausgelaufen ist, wieder einführen will. Gleichwohl stellen wir uns die Frage, warum die Politik ein gut funktionierendes Programm zunächst einstellt, anstatt es kontinuierlich fortzuschrei-

ben, es weiter zu entwickeln und zu justieren. Existenzgründer und Selbständige brauchen viel mehr Kontinuität in der Politik. Diese Forderung bezieht sich übrigens auch auf das Thema Mikrokredite. Anlässlich der Bundestagswahl 2013 hat der VGSD die Parteien gefragt, ob sie den vor wenigen Jahren gestarteten Mikrokreditfonds Deutschland fortsetzen werden bzw. ob sie dafür sorgen, dass Selbständige einen angemessenen Zugang zu Krediten erhalten. Leider setzt sich die mit dem Gründungszuschuss begonnene Zerschlagung der Förderinfrastruktur bei den Mikrokrediten fort. Die Politik hat das ursprüngliche Ziel, bankferne Kunden allmählich bankfähig zu machen, zu unserem Bedauern aus den Augen verloren.

Viele Kleinunternehmer sind risikoavers

Ist engagierten und teilweise enthusiastischen Existenzgründern bewusst, dass sie „ein höheres persönliches Risiko als ein angestellter Vorstand“ (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«) tragen?

Gerade wer aus einer Phase der Arbeitslosigkeit heraus gründet oder ohne große Ersparnisse, dem ist das sehr bewusst. Die meisten kleinen Gewerbetreibenden und Unternehmer verzichten ganz darauf, Kredite aufzunehmen. Sie machen sich langsamer selbstständig, so dass sich der unternehmerische Aufbau und Erfolg langsamer einstellt. Es gibt durchaus Fälle, in denen ich Existenzgründern mit einer überzeugenden Geschäftsidee empfehlen möchte, etwas mutiger vorzugehen. Andererseits besteht dadurch die Gefahr einer Insolvenz bei den meisten von ihnen nicht. Entscheidend ist vielmehr, ob sich eine Geschäftsidee als tragfähig erweist, d. h. dass ein Selbstständiger davon auch leben kann. Ich empfehle den Existenzgründern, sich einen überschaubaren Zeitraum vorzunehmen und dann zu entscheiden, ob die Selbständigkeit ihre Erwartungen erfüllt.

Welche Rolle spielen die Gründerhochschulen in Deutschland? Die »Rheinische Post« schrieb unlängst - mit Blick auf die Ergebnisse des „Gründungsradars“ des Stifterverbands: „Wer in München, Lüneburg oder Leipzig studiert, wird bestens vorbereitet, um anschließend in einer eigenen Firma sein erlerntes Wissen in die Praxis umsetzen zu können.“

Ich freue mich, dass die Hochschulen das Thema Gründung vermitteln und daran bei den Studenten offensichtlich großes Interesse besteht. Wo die Ausrichtung allerdings alleine auf Teamgründungen im Hi-Tech-Bereich zielt, geht das an der Realität aus meiner Sicht vorbei - ähnlich wie bei dem BWL-Studium, das ja lange Zeit nur an den Anforderungen von Großunternehmen orientiert war. Die Geschäftsideen vieler studentischer Gründer orientieren sich nach unserer Beobachtung zu wenig an der tatsächlichen Nachfrage und scheitern deshalb häufiger als nötig.

Ihr Verband tritt an, die Interessen von Gründern und Selbständigen sowie Freiberuflern und kleinen Unternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitern besser zu vertreten.



Viele kleine Selbstständige sind so stark in ihr Unternehmen eingebunden, dass sie gar keine Zeit haben, sich für ihre Anliegen zu engagieren. Gleichzeitig fühlen sich viele Freiberufler und Selbstständige nicht oder nur unzureichend von den bestehenden Verbänden und Kammern vertreten.

Kleine Unternehmen werden als „Krauter“ abgestempelt

Nehmen die Politik und die Kammern die Interessen der zahllosen Existenzgründer wirklich ernst?

Nein, das glaube ich nicht. Die meisten Politiker, Kammervertreter und auch Journalisten sehen immer nur „den“ Mittelstand. Da wird schnell alles in einen Topf geworfen. Wird über „den“ Mittelstand gesprochen, wird relativ schnell über erfolgreiche und größere Familienunternehmer gesprochen. Die kleinen Unternehmen, die entweder mit wenigen Angestellten oder mit freien Mitarbeitern arbeiten, werden gerne als „Krauter“ abgestempelt.

In Deutschland soll es allein 2,5 Millionen Ein-Mann-Betriebe geben. Der DIW-Forscher Karl Brenke sprach in diesem Zusammenhang anmaßend von „Kümmerer-Existenzen“, die „von der Hand in den Mund leben.“

Eine solche verallgemeinernde Aussage bestätigt doch, was ich eben gesagt habe. Die so genannten Kleinstunternehmen bis zu 9 Mitarbeitern sorgen für vier von zehn Jobs in Deutschland. Zum Vergleich: Unternehmen mit 500 und mehr Mitarbeitern sorgen für 5 Prozent der Stellen. Durch ihre große Anzahl haben die kleinen Unternehmen eine erhebliche volkswirtschaftliche Bedeutung. Darüber hinaus darf man nicht vergessen, dass viele Einzelunternehmer mit ihrem Experten-Wissen eine wichtige Rolle für größere Unternehmen und die Flexibilität der Wirtschaft insgesamt spielen. Leider sieht die Politik das bislang anders. Das führt bis heute dazu, dass Gesetze beschlossen werden, die an der Realität von Millionen von Selbstständigen vorbeigehen. Es wird nicht bedacht, wie sich Vorschriften und Verordnungen auf kleine Unternehmer auswirken, die über keine eigene Steuerabteilung verfügen. Der VGSD will das ändern: Wir wollen unsere Mitglieder dabei unterstützen, sich (politisch) zu engagieren.

Gründer- und kleinunternehmerfeindliche Gesetze stoppen

Ihr Verband startet nicht mit einer Vision sondern mit einer Mission: Sie wollen berechtigte Anliegen der Selbstständigen durch Stellungnahmen, Wahlprüfsteine, Petitionen sowie Briefe an Abgeordnete zu Gehör bringen.

Zunächst möchten wir erreichen, dass Freiberufler und kleine Unternehmen von der Politik und den Medien wahrgenommen werden. Da die Zahl der gründer- und kleinunternehmerfeindlicher Gesetze nicht abreißt, fordern wir, dass die Auswirkungen von Gesetzen auf

diese Zielgruppe berücksichtigt werden. Anders ausgedrückt: Der Staat muss auch kleine Unternehmen fair behandeln! Wir treten für weniger Bürokratie ein und wir fordern Fairness im Bereich der Sozialversicherung. Selbstständige dürfen nicht systematisch schlechter behandelt werden als Angestellte. Und wir wollen im Rahmen der Gründungsförderung erreichen, dass die Bedeutung kleiner Unternehmen angemessen berücksichtigt wird.

Bei Ihrem Verband geht es fast schon basisdemokratisch zu: Auf Ihrer Website können Mitglieder zur Abstimmung stellen, mit welchen Themen sich der VGSD auseinandersetzen soll.

Wir wollen den Kleinunternehmen eine Stimme geben. Deshalb nutzen wir auf unserer Website ein Tool, das User-Voice heißt. Jedes Mitglied kann auf der Website sein Anliegen beschreiben und zur Abstimmung stellen. So entsteht eine Rangliste der wichtigsten Anliegen. Aus meiner langjährigen Erfahrung weiß ich, dass es sich dabei tatsächlich genau um die Themen handelt, derer sich die Politik unbedingt annehmen sollte.

Kammern sollen transparenter und demokratischer werden

Warum reichten Ihnen die vorhandenen Interessensvertretungen, allen voran die Industrie- und Handelskammern, nicht aus?

In den Kammern sind vor allem Vertreter größerer Unternehmen präsent. Sie haben die Zeit, sich zu engagieren. Die große Mehrheit der Kammermitglieder sind Einzel- und Kleinunternehmer. Mich ärgert, dass diese große Gruppe vor allem seitens des DIHK häufig als „Notgründer“ bezeichnet und außerhalb der Gründerbüros dementsprechend auch oft nicht ausreichend ernst genommen wird. Hier muss sich unbedingt etwas ändern. Wir fordern deshalb, dass die Kammern sich entsprechend ihrer tatsächlichen Mitgliederstruktur transparenter und demokratischer aufstellen müssen. Der VGSD ermutigt seine Mitglieder, sich für die Vollversammlungen der Kammern zu bewerben. Nur so kann es innerhalb dieser Gremien gelingen, die Perspektive kleinerer Unternehmen stärker einzubringen.

Die „Kaktus-Initiative“ schaffte in Stuttgart tatsächlich den Sprung in die Vollversammlung der IHK.

Die „Kaktus-Initiative“ engagiert sich seit einem Jahr erfolgreich unter dem Motto „Mehr Demokratie, Transparenz und Beitragsgerechtigkeit“. Im Vorfeld der Wahl haben wir kleinere Unternehmen in Stuttgart darüber informiert, dass diese Initiative zur Wahl antritt. Wir haben diese Klientel ermutigt, zur Wahl zu gehen und diese Initiative zu unterstützen. Sie dürfen nicht vergessen, dass die Wahlbeteiligung bei Vollversammlungen in der Regel sehr gering ist. Insoweit hat jede Stimme hohes Gewicht. Daher werden wir unsere Mitglieder auch in anderen Städten und Regionen ermutigen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen bzw. sich auch persönlich aufstellen zu lassen.

Mit diesem Engagement treten Sie für eine vorsichtige Reformierung der Kammern ein. Gleichzeitig gibt es aber auch in Ihren Reihen viele Stimmen, die sich für die Abschaffung der IHK-Zwangsmitgliedschaft stark machen.

Für viele unserer Mitglieder ist die Abschaffung der IHK-Zwangsmitgliedschaft ein wichtiges Anliegen. Insbesondere der IHK-Beitrag wird - in Relation zu dem Beitrag anderer und größerer Unternehmen, aber auch in Relation zu den IHK-Leistungen, die sie in Anspruch nehmen - als nicht gerechtfertigt angesehen. Deswegen ist es wichtig, dass die Kammern endlich auch die kleinen Mitgliedsfirmen ernst nehmen und mit Respekt behandeln. Wenn den Kammern dieser Paradigmenwechsel nicht gelingt, wird die Forderung nach Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft immer lauter werden.

Für viele Selbstständige sind auch die Zwangsabgaben an die Künstlersozialkasse (KSK) ein fortdauerndes Ärgernis.

Bei diesem Thema sind unsere Mitglieder geteilter Meinung. Auf der einen Seite profitieren die häufig sehr schlecht bezahlten Künstler und Publizisten von der KSK, auf der anderen Seite ärgern sich Selbstständige über diese Abgaben. Sie ärgern sich häufig gar nicht so sehr über die fünfprozentige Abgabe, sondern viel mehr über den damit verbundenen bürokratischen Aufwand. Die KSK - wie übrigens auch der Beitragsservice für den öffentlichen Rundfunk (früher: GEZ) - ist ein gutes Beispiel dafür, wie sich Bürokratien ver selbstständigen können.

Massiver Widerstand gegen Renten-Versicherungspflicht

Wäre es alleine nach der ehemaligen Arbeitsministerin Ursula von der Leyen gegangen, dann müssten Selbstständige schon längst weitere Zwangsabgaben leisten. Stichwort: Renten-Versicherungspflicht.

Das von Ursula von der Leyen forcierte Vorhaben, eine verpflichtende Altersvorsorge für Selbstständige einzuführen, steht unangefochten auf Platz 1 unseres Rankings. Unser Verband ist seinerzeit maßgeblich aus den Protesten gegen diese Rentenversicherungspflicht entstanden.

Ihr Gründungsmitglied Tim Wessels kämpfte in der letzten Legislaturperiode mit einer erfolgreichen Online-Petition gegen diese Rentenversicherungspflicht (WIRTSCHAFTSSPIEGEL vom 03.09.2012).

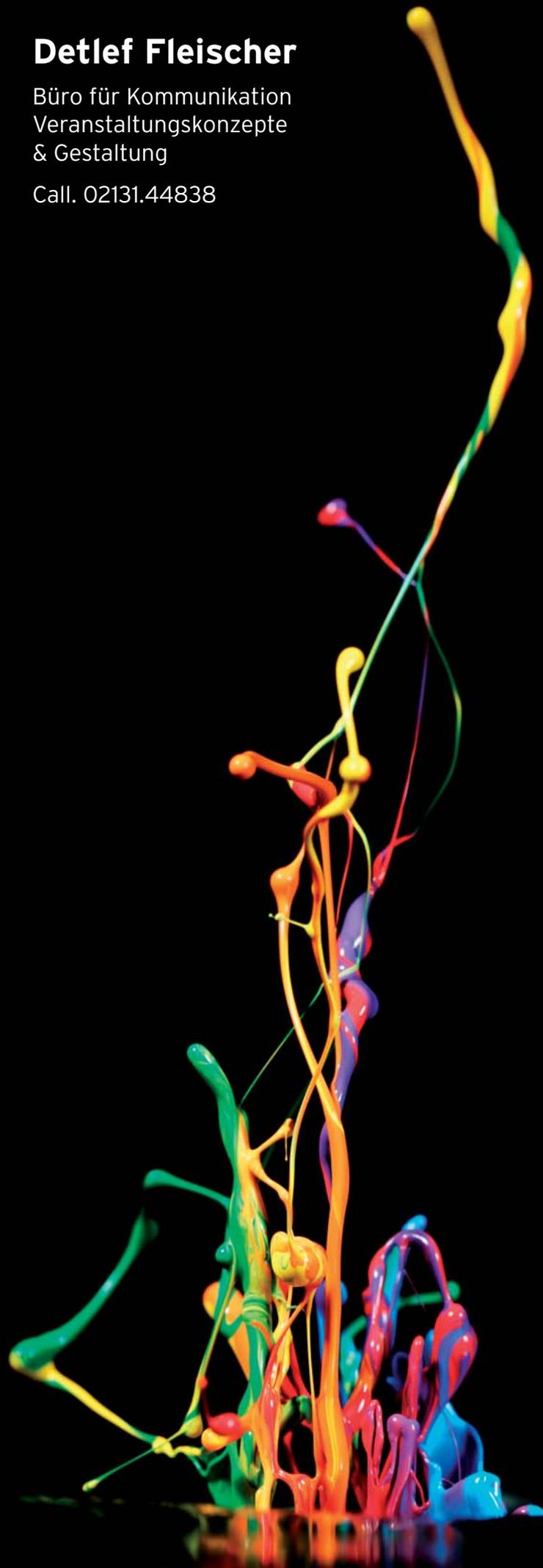
In dieser Petition hat Tim Wessels 80.000 Unterzeichner gegen die Pläne von Ursula von der Leyen mobilisieren können. Das zeigt, dass die umstrittenen Pläne des Arbeitsministeriums gerade für kleinere Unternehmen ein No-Go-Thema sind. In der Folge wurden Wessels und ich zu zwei Gesprächen mit Frau von der Leyen eingeladen.

Was haben Sie der Ministerin gesagt?

Detlef Fleischer

Büro für Kommunikation
Veranstaltungskonzepte
& Gestaltung

Call. 02131.44838



Natürlich sind auch wir der Meinung, dass Selbstständige für das Alter vorsorgen müssen. Der überwiegende Teil der Selbstständigen macht das auch. Wenn man aber jetzt ein Gesetz einführt, dass alle Freiberufler und Selbstständigen zur Vorsorge verpflichtet, dann greift das unter Umständen bei denjenigen, die bereits vorsorgen, in bestehende Verträge (z. B. in die Finanzierung einer Immobilie) ein. Bei denjenigen, die bislang nicht oder nicht ausreichend vorsorgen, ist es eine Illusion, zu glauben, dass man ihnen per Gesetz vorschreiben kann, besser vorzusorgen, obwohl sie dafür gar kein Geld haben. Die Problematik kennen wir schließlich von der Kranken- und Pflegeversicherungspflicht: Man hat diese Versicherungspflicht eingeführt und unberücksichtigt gelassen, dass sich viele Menschen diese Versicherung eigentlich gar nicht leisten können. Selbst wenn ich als Selbstständiger nur über ein geringes Einkommen verfüge, muss ich mindestens 350 € Beitrag

Woche arbeiten, müsste man dann zum Aufgeben auffordern. Realität ist: Es gibt angestellte Arbeitnehmer wie Selbstständige, die sehr wenig Geld verdienen. Der Staat darf sich daher nicht anmaßen, Selbstständige mit einem Einkommen von 1.500 € im Monat schlechter als vergleichbare Arbeitnehmer zu behandeln!

Der Vorwurf lautet, dass viele Selbstständige im Alter dem Staat zu Last fallen werden.

Die Lösung für dieses Problem kann aber doch nicht lauten, dass Selbstständige, die sich eine ausreichende Altersvorsorge nicht leisten können, bereits heute Arbeitslosengeld II beziehen sollen! Das Ziel einer nachhaltigen Beschäftigungspolitik sollte darin bestehen, jedem Menschen zu ermöglichen, in möglichst großem Umfang erwerbstätig zu sein. Nur so kann jeder arbeitswillige Mensch - ob Arbeitnehmer oder



für die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung zahlen. In der Konsequenz sind heute viele Freiberufler und Selbstständige gegenüber ihrer Krankenversicherung verschuldet. Das Geld, das in eine Altersvorsorge fließen sollte, hat sich daher längst der Gesundheitsminister unter den Nagel gerissen.

Für Empörung sorgte seinerzeit eine Aussage aus dem Arbeitsministerium: „Wer diesen Beitrag nicht leisten kann, sollte sich fragen, ob das Modell der Selbstständigkeit das Richtige für ihn ist.“ Harter Tobak aus dem Mund eines Staatsdieners, der sich weder um sein Gehalt noch um seine Alterssicherung Sorgen machen muss, oder?

Wenn diese Aussage richtig wäre, dann würden auch die unzähligen Inhaber von Minijobs nichts taugen. Auch Arbeitnehmer, die weniger als 40 Stunden in der

Selbstständiger - seinen individuellen Beitrag zur Gesellschaft und zur Volkswirtschaft leisten.

Gleichwohl bleibt das Dilemma, dass viele Selbstständige tatsächlich nicht ausreichend fürs Alter vorsorgen können und ihnen später nolens volens die Altersarmut droht.

Das ist richtig. Aber man löst das Problem nicht, indem man die Menschen bereits heute in das Arbeitslosengeld II oder in die Sozialhilfe zwingt! Das ist keine Lösung. Deswegen betone ich noch einmal: Selbstständige mit einem geringen Einkommen dürfen nicht schlechter als Arbeitnehmer mit einem vergleichbaren Einkommen gestellt werden. Würde man beispielsweise die Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge fairer ausgestalten, hätten viele Selbstständige automatisch mehr Geld für ihre Altersvorsorge zur Verfügung.

Koalitionsvertrag: Allgemeinheiten und Plattheiten

Wie beurteilen Sie den zwischen der Union und der SPD ausgehandelten Koalitionsvertrag? Die »Süddeutsche Zeitung« kritisiert „viel Allgemeinheiten, Plattheiten, Absichtserklärungen“.

Angesichts der Meilensteine, die unser Verband vor der Bundestagswahl 2013 aufgestellt hat, sehe ich in der Tat keine wesentlichen Verbesserungen für Selbstständige. Wir sind daher froh, wenn keine Rentenversicherungspflicht für Selbstständige kommt und wir freuen uns, dass die Minijobs, die gerade auch für kleinere Unternehmen eine Rolle spielen, erhalten bleiben. Aber: Man würde sich von einem Koalitionsvertrag doch ein Aufbruchsignal erhoffen. Schließlich darf man das Entwickeln von Visionen nicht alleine der Wirtschaft überlassen. Die neue Regierung bleibt uns letztendlich eine Vision schuldig.

Für Gründer und Selbstständige hätte es allerdings auch schlimmer kommen können. Immerhin soll der Gründungszuschuss wieder mit auskömmlichen Mitteln unterlegt und die Gründung aus einer Anstellung heraus gefördert sowie das Gründungscoaching für Arbeitslose wieder eingeführt werden.

Eine Rückkehr zu bewährten Dingen, die es in der Vergangenheit bereits gab, sehen wir im Bereich der Gründungsförderung. Leider war in der endgültigen Fassung des Koalitionsvertrags zum Thema Gründungszuschuss nicht mehr von *auskömmlichen* Mitteln die Rede. Es gibt leider keinerlei Aussagen im Koalitionsvertrag zum Thema Mikrokredite. Viele kleine Selbstständige fühlen sich von Kreditinstituten weiterhin benachteiligt. Selbst bei guter Bonität werden Privatkredite verweigert. Für viele ist es extrem aufwändig, geschäftliche Kredite zu erhalten, selbst bei umfangreicher Stellung von Sicherheiten.

Kleinstunternehmen werden von Banken nicht ernst genommen

Die staatliche Förderbank KfW betonte im Herbst 2013, dass der Kreditzugang für kleine Betriebe „so gut wie noch nie“ sei.

Diese Aussage spiegelt sich in den Erfahrungen vieler Existenzgründer noch nicht wider. Das mag daran liegen, dass manche Banken gute Gründe haben, den einen oder anderen Kredit nicht zu vergeben. Insgesamt überwiegt das Gefühl, dass man als kleiner Selbstständiger bei Banken und Sparkassen nicht ernstgenommen wird. In der Regel findet eine sehr aufwändige Kreditprüfung selbst für Kleinbeträge statt. Erschwerend kommt hinzu, dass die Instrumente der Kreditprüfung sich eher an bilanzierungspflichtigen Unternehmen orientieren und nicht an Kleinunternehmen, die eine Einnahmenüberschussrechnung (EÜR) machen. Wir fordern daher, dass die Banken und Sparkassen ihre Instrumente weiterentwickeln und vereinfachen, so dass sie der Gruppe kleinerer Unternehmer leichter Kredite vergeben können. Meines

Erachtens gibt es in diesem Bereich bislang ungenutzte Marktchancen: Ich denke beispielsweise an eine Direktbank für Geschäftskunden. In diesem Segment könnte noch sehr viel mehr passieren. Ich hoffe, dass wir vom VGSD zu dieser Dynamik beitragen kann.

Ziemlich sicher ist, dass der Mindestlohn kommen wird. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) werden viele Solo-Selbstständige davon allerdings nicht profitieren. Sie leben schon jetzt von weniger als 8,50 € die Stunde.

Die Umgehung des Mindestlohns durch Umwandlung schlecht bezahlter Tätigkeiten in eine Selbstständigkeit verurteile ich. Allerdings sollte man dann bei den (Groß-)Unternehmen ansetzen, die offensichtlich ihre Arbeitnehmer drängsalieren und nicht gegen die betroffenen Selbstständigen vorgehen.

Immer mit einem Fuß im Gefängnis

Die Gewerkschaften kritisieren in diesem Zusammenhang, dass ein großer Teil der Solo-Selbstständigen „nur auf dem Papier selbständig und in Wahrheit Scheinselbständig“ ist.

Die ganz überwiegende Zahl der Einzelunternehmer hat sich bewusst für die Selbstständigkeit entschieden und nimmt die Diskussion um die Scheinselbständigkeit vor allem als zusätzliches bürokratisches Hindernis wahr: Sowohl als Auftraggeber als auch als Auftragnehmer stehen sie ständig quasi mit einem Fuß im Gefängnis.

Im Koalitionsvertrag fehlen klare Aussagen zum Thema Scheinselbständigkeit.

Leider. Wir wünschen uns, dass es beim Thema Scheinselbständigkeit sowohl für Auftraggeber als auch Auftragnehmer mehr Rechtssicherheit und Klarheit gibt.

Es gibt Stimmen, schlecht bezahlten Freiberuflern den Zugang zu den Sozialsystemen zu erschweren. Der Anspruch auf aufstockende Hartz IV-Leistungen soll bei unrentabler Selbstständigkeit auf zwei Jahre begrenzt werden. Was halten Sie von solchen Gedankenspielen?

Wenn die Arbeitsagentur einen besser bezahlten Job nachweisen kann, hat sie schon jetzt erhebliche Druckmittel, mit denen sie den Kleinunternehmer zwingen kann, die entsprechende Stelle anzunehmen. Insofern verstehe ich die Diskussion nicht ganz. Ich habe das Gefühl, hier wird einmal mehr eine bestimmte Gruppe an den öffentlichen Pranger gestellt.

Rechnen Sie damit, dass die vier Jahre der Großen Koalition letztendlich verlorene Jahre für Existenzgründer und Selbstständige sein werden?

Das wird man abwarten müssen. Mit Blick auf das Gründungsgeschehen in Deutschland waren die letzten Jahre auf jeden Fall verlorene Jahre. Ich hoffe, dass es gelingt, den angerichteten Schaden wieder gut zu machen.